

Initiative für Mittelstand und Pensionisten

Betrifft: Vorschläge an den Österreich Konvent

Sehr geehrter Herr Hofrat Dr. Fiedler! Als Vorsitzenden bitten wir Sie, die folgenden Vorschläge nach Möglichkeit in einer neuen Österreichischen Verfassung zu berücksichtigen:

1. **Abschaffung der Nullmandate** Bisher werden nach jeder Wahl die Stimmen der Nichtwähler, der mandatslosen Parteien und die ungültigen *den großen Parteien zugeschrieben*, statt die darauf entfallenden Plätze in Parlament und Landtag leer zu lassen. Bisher sitzen dort Leute, die gar nicht gewählt wurden. Der Wille vieler Wähler wird dadurch mit Füßen getreten. Diese Praxis legalisiert Betrug.
2. **Reduktion** überhöhter Gehälter von Politikern und Politmanagern auf das Niveau in anderen Ländern. Dann feste Kopplung der Politikereinkommen und -pensionen an die ASVG-Pensionen, das heißt, in Zukunft immer genau dieselbe "Erhöhung", 2004 und 2005 z.B. für jeden Politiker auch nur ein Plus von maximal 10 Euro brutto pro Monat wie für die ASVG-Pensionen! Denn wenn der Staat zu wenig Geld für die Pensionen seiner Bürger hat, gilt das erst recht für die Politiker, sie werden ja mit Steuergeld bezahlt.
3. **Haftung der Politiker** mit Gehalt und Pension bis zum Existenzminimum. Für Lügen, gebrochene Wahlversprechen und fahrlässige Handlungen mit Schäden am Volksvermögen. Kontrolle durch den Rechnungshof. Verschwendung von Steuergeld ist als gleich schweres Verbrechen zu ahnden wie Hinterziehung.
4. **Beibehaltung der Neutralität** wie versprochen **Kein Einsatz unserer Soldaten im Ausland.**
5. **Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage** für "Sozialbeiträge", die nur bezweckt, die Reichen zu schonen. Diese Beiträge sind zur Vereinfachung mit der Lohnsteuer einzuheben.
6. **Bereinigung der Lohnsteuertabelle,** die kleinere Einkommen versteckt mehr schröpft als große. Der effektive Steuersatz muß wieder *gerecht und offensichtlich*, die Berechnung der Steuer einfach sein.
7. **Abschaffung des Bundespräsidentenamtes,** statt dessen Ausübung durch einen Minister wie in der Schweiz.
8. **Aufwertung der Volksbegehren.** Ab 100.000 Unterschriften ist innerhalb eines Jahres eine Volksabstimmung durchzuführen.

Dr. Franz Schneider, 5020, Dornbachstraße 6

F. Schneider

15. 4. 2004

Die Lügen über die Pensionen

In den Medien wird oft behauptet, daß das Geld nicht reicht für gerechte Pensionen, daß es den Jungen schlechter gehe als den Alten und daß sie vielleicht gar keine Pension bekommen werden. Lauter Lügen.

1. Die Regierung könnte gerechte Pensionen zahlen

Da die Produktivität ständig steigt, können immer weniger Berufstätige alle Pensionisten erhalten. Das Geld ist vorhanden, es wird nur von den Politikern verendet: Für die Osterweiterung, Heeres-einsätze in Afghanistan, verlorene Kredite an Polen, Rußland und Länder der dritten Welt. Für viel zu hohe Politikerlöhne und -pensionen, willkürlich ausgesetzte Subventionen, dubiose „Beraterverträge“ an ihre Freunde und auch für immer neue Geldgeschenke an die Jugendlichen. Angeblich um die Geburtenrate zu erhöhen - in Wahrheit als reinen Wählerfang. Die Geburtenzahl hat überhaupt nicht zugenommen.

Die heutigen Pensionisten haben für den Staat sehr viel geleistet, von ihm aber sehr wenig bekommen. Als sie jung waren, gab es für Kinder wenig oder gar kein Geld - und die Mütter zogen dreimal so viele Kinder auf wie heute, meist mit nur einem Gehalt. Trotzdem ist kein Kind verhungert. Schon mit 14 Jahren haben die meisten gearbeitet. Als Erwachsene haben sie Österreich aufgebaut, 48 Stunden pro Woche gerackert, bei 2 Wochen Urlaub im Jahr und wenig Lohn. Sehr viele arbeiteten bis 65, alle mußten Pensionsbeiträge zahlen, trotzdem sind viele Pensionen heute nicht einmal halb so hoch wie ein Durchschnittslohn!

Sie haben die Grundlage unseres Wohlstandes geschaffen, Wohnungen und Straßen, Spitäler, Kraftwerke und Fabriken gebaut und damit die Voraussetzungen für die heutigen Mehrwertsteuereinnahmen des Staates geschaffen. Deshalb müßte dieses Geld für die Erhöhung der Pensionen verwendet werden!

2. Es ist Aufgabe der Eltern, ihre Kinder zu versorgen

Uns wird heute suggeriert, der Staat müsse alle Ausgaben für Kinder zahlen, nicht nur notwendige Kosten. Seit 1990 wurden die Bargeschenke an Kinder auf das 11- bis 60-fache erhöht! Dieses Geld, zu 5% angelegt, würde 20 Jahre lang eine Alterspension von 70.000 Schilling im Monat finanzieren. Durch alle diese Geschenke werden viele Eltern verleitet, ihre Kinder auf Kosten der Steuerzahler zu **Verschwendern** zu verziehen. Sie dürfen mit ihrem Handy stundenlang telefonieren, tragen teure Markenjeans und kaufen massenhaft fette Chips und Burgers. Nicht wenige machen dann auf Staatskosten teure Abmagerungskuren. Straffälligen wurden sogar „Erlebnispädagogikwochen“ in Ägypten gezahlt! Ist das vernünftig?

Daß die Kinder unsere Pensionen finanzieren ist eine Lüge. Wenn man alle Ausgaben zusammenrechnet und mit 5% verzinst, kostet ein Kind den Staat im Schnitt 5 Millionen Schilling. Dieses Geld kann es als Erwachsener nie zurückzahlen. Das heißt, insgesamt beschert heute jedes Kind dem Staat ein **Defizit**.

3. Die Pensionsbeiträge könnten die Pensionen finanzieren

Wenn man 40 Jahre lang 3,71% des Lohns als Pensionsbeitrag zahlt und die Regierung dieses Geld samt Dienstgeberanteil zu 5 Prozent anlegt, wird damit 20 Jahre lang eine Pension von 80% finanziert. Werden Lohnschwankungen und die Inflation berücksichtigt, sind 8% Beitrag genug für eine Pension von 80% des Endlohns. Die Pensionsentnahmen sind **10 Prozent** abgezogen und jetzt kein Geld! Sie haben also unsere Beiträge mißbraucht. Trotzdem wird keiner bestraft, im Gegenteil, alle **beziehen hohe Pensionen!**

4. Neue Belastung der Pensionisten durch Kassenbeiträge

Ihre Krankenkassenbeiträge wurden jetzt um ca. 30% erhöht, insgeheim ist schon die Verdoppelung geplant. Um diese Diskriminierung der Alten zu verschleiern, wurden die folgenden Ausreden verwendet:

1. Vorwand: Die Pensionisten zahlen weniger als Angestellte. Eine Lüge. In Wahrheit lagern die Beiträge der Pensionisten schon vor der Erhöhung **über** denen der Berufstätigen (bei gleichen Einkommen).

2. Vorwand: Die Alten kosten mehr. „Sozialfälle“ und „Asylanten“ kosten auch viel und zahlen **nichts**, auch viele Aidskranke, die ihre Krankheit selbst verschuldet haben. Für alle anderen gilt „Solidarität“. **Nur ein Pensionist, der nichts dafür kann, daß er älter und kränker wird, soll dafür zahlen?**